

„Unser Föderalismus ist teuer und langsam“

Von Sven Weidlich

Frankfurt. Die Föderalismus-Reform in Deutschland ist eines der wichtigsten Themen, mit denen sich die große Koalition beschäftigen muss. Nachdem es Rot-Grün und Union in der vergangenen Legislaturperiode nicht zu Stande brachten, das föderale System neu zu ordnen, schafften Union und SPD in den Koalitionsverhandlungen den Durchbruch. Sie vereinbarten zum Beispiel, die Zuständigkeit bei den Themen Bildung und Umwelt neu zu regeln. Den brisantesten Komplex, das Thema Finanzen, vertragen die Koalitionäre jedoch.

Für Klaus von Dohnanyi (SPD), ehemaliger Hamburger Bürgermeister, ist das trotzdem ein guter Anfang gewesen. „Ich wäre dafür, das erste Paket jetzt in Gesetzesform zu bringen und es zu verabschieden. Es enthält keine entscheidenden Fehler, die man nicht nach einiger Zeit noch korrigieren könnte.“

Dohnanyi ist Vize-Vorsitzender des Konvents für Deutschland, eines überparteilichen Vereins mit Altbundespräsident Roman Herzog (CDU) an der Spitze, der sich für eine Föderalismus-Reform einsetzt.

Für Dohnanyi ist klar, dass bis zur Einigung in den strittigen Finanzfragen noch harte Verhandlungen zwischen Bund und Ländern erforderlich sind. „Beim Geld fängt alles an, und beim Geld hört alles auf. Wenn Sie dem Land Bremen oder dem Saarland klarmachen wollen, dass man ihnen nicht die Lebensader abschneidet und trotzdem diesen Ländern in absehbarer Zeit mehr finanzpolitische Eigenverantwortung zumutet, muss man sehr geschickt vorgehen.“ Der Konvent wolle Vorschläge unterbreiten, wie man das am besten macht. „Denn unser heutiger Föderalismus ist teuer, er ist langsam, und er neigt zu Provinzialität.“

Derzeit zahlen die fünf Bundesländer Milliardenbeträge an die restlichen elf; Hessen allein im Jahr 2003 rund 1,9 Milliarden Euro. „Die empfangenden Länder sagen natürlich: Wenn wir uns einigen sollen, dann müssen wir Sicherheit haben, dass sich nachher bei den Hilfen nichts ändert“, sagt Dohnanyi. „Das wird ein großes Problem, denn einiges muss sich natürlich ändern.“

Er hält es für notwendig, die bisherigen Zahlungen erst einmal beizubehalten. Allerdings sollten nach

Ansicht Dohnanys Bund und Länder vereinbaren, dass die Länder nach einer Übergangsfrist, die etwa bis 2019 dauern könnte, mehr finanzielle Verantwortung tragen.



Klaus von Dohnanyi: Engagiert im „Konvent für Deutschland“.

„Das setzt allerdings eine ganze Menge anderer finanzpolitischer Maßnahmen voraus“, sagt Dohnanyi und nennt als Beispiel die Aufteilung von Lohn- und Einkommensteuer zwischen Arbeits- und

Wohnort. „Dafür wird man Zeit brauchen. Ob das noch in dieser Legislaturperiode zu schaffen ist, daran kann man zweifeln.“

Der Konvent für Deutschland engagiert sich nicht nur in Sachen Föderalismusreform. Er wurde vor zweieinhalb Jahren gegründet, und ihm gehören neben Dohnanyi und Herzog zum Beispiel auch die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, und der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, an.

Das Gremium hat vorgeschlagen, die Legislaturperioden von Bundestag und Landtagen generell von vier auf fünf Jahre zu verlängern, damit Politiker länger sachorientiert arbeiten könnten und nicht ständig im Wahlkampf steckten. Die Bürger sollten dann allerdings öfter „gefragt“ werden (Referenden), und es müsse flexiblere Wahllisten geben, wie man dies auf kommunaler Ebene kennt (Kumulieren und Panaschieren). Dohnanyi sagt, es gehe darum, die „verkrusteten und sehr machtorientierten Parteistrukturen zu durchbrechen und Außenseitern, die noch nicht ins System passen, eine Chance zu geben.“

Dohnanyi findet allerdings, dass sich der talentierte Nachwuchs immer seltener für die Politik entscheidet. „Die Politik ist ein sehr risikoreicher Beruf“, gibt Dohnanyi als Grund an. Jungen Politikern, die mit 30 Jahren ein Amt innehätten, könne es passieren, mit Ende 30 „herausgeschoben“ zu werden. „Wenn es in der Politik irgendwelche Intrigen gegen sie gibt, kommen sie nicht zu Potte.“ Das würden sich junge Leute zwei Mal überlegen, und sie ergriffen lieber einen Beruf, bei dem sie sicher sein könnten, durch die eigene Leistung auch Aufstiegschancen zu haben.

„Eine Antwort darauf ist, dass man in die Kabinette mehr parteilose Leute holt oder auch Politiker aus anderen Parteien“, sagt Dohnanyi. Der frühere US-Präsident Bill Clinton, ein Demokrat, habe in seiner zweiten Amtsperiode einen Republikaner zum Verteidigungsminister gemacht. „Das ist so, als wenn wir in der großen Koalition Joschka Fischer als Außenminister hätten. Das wäre bei uns nicht möglich. Meiner Meinung nach würde man mit parteiübergreifenden Berufungen weiterkommen in der Frage der Qualität in der Politik.“